

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

23.09.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Die doppelte Atomwende</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.09.2021</i> .....	3
2   <b>Was es bringen könnte, wenn die Atomkraftwerke weiterlaufen</b> <i>Deutschlandfunk, 22.09.2021</i> .....	5
3   <b>Cäsium-Aktivität in Asse deutlich gestiegen</b> <i>wn.de (Westfälische Nachrichten), 23.09.2021</i> .....	7

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 23.09.2021 | S. 19

📄 Auflage: 214.247 | Reichweite: 962.862

👤 Heike Göbel, Niklas Záboji

## 2011: ENERGIE- UND KLIMAKRISE

### Die doppelte Atomwende

Von Fukushima nach Berlin sind es 8750 Kilometer. Doch die große Entfernung spielt an diesem März-Freitag vor zehn Jahren in Deutschland keine Rolle, als ein schweres Erdbeben gefolgt von einer riesigen Flutwelle japanische Kernreaktoren zerstört und Radioaktivität freisetzt. Ein Wochenende nur reicht Bundeskanzlerin Angela Merkel, um die Entscheidung zu treffen, die sie später als "meine mutigste" bezeichnen wird: die Kehrtwende in der Atomenergie. Erst kurz zuvor hatte ihre schwarz-gelbe Regierung die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke im Schnitt zwölf Jahre bis Mitte der 2030er verlängert, um die Kosten der Energiewende senken. Merkels Koalition hatte sich so über den von Rot-Grün mit den Stromkonzernen ausgehandelten geordneten Atomausstieg hinweggesetzt, der die Nutzung Anfang der 2020er Jahre beenden sollte.

Galten Merkel die 17 deutschen Atommeiler eben noch als sichere Brückentechnologie, erklärt sie mit FDP-Vizekanzler Guido Westerwelle schon am Montag nach dem Beben ein dreimonatiges Atom-Moratorium. Quasi über Nacht zieht sie acht Anlagen den Stecker, alle Meiler werden überprüft. Obwohl Merkel die Berichte über die nuklearen Folgen in Japan zu diesem Zeitpunkt "widersprüchlich" nennt und einräumt, dass "derart gewaltige Naturkatastrophen nach menschlichem Ermessen bei uns nicht eintreffen werden", stellt sie klar, dass "die Lage nach dem Moratorium eine andere sein wird als vor dem Moratorium".

Die Eile ist der bevorstehenden Landtagswahl im bis dato schwarzen Stammland Baden-Württemberg geschuldet. Die Grünen sind auf dem Vormarsch. CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus, großer Befürworter der längeren Laufzeiten, wird angesichts der Katastrophe unruhig und spricht von Zäsur. Als einer der Ersten hatte Merkels Umweltminister Norbert Röttgen, Gegner der Laufzeitverlängerung, im Radio gesagt, die Frage der Beherrschbarkeit der atomaren Gefahren sei "heute neu gestellt worden". Auch Markus Söder (CSU),

damals bayerischer Umweltminister, ist am Tag nach der Havarie mit der Forderung zu vernehmen, das Kernkraftwerk Isar I abzuschalten.

Die Entschiedenheit, mit der Merkel reagiert, überrascht selbst Vertraute. Die sonst auf Kompromisse bedachte Kanzlerin zeigte sich hier resolut. Parteitagebeschlüsse wurden über Bord geworfen, das Parlament links liegen gelassen. Doch Baden-Württemberg ist für die Union nicht zu halten. Düpiert fühlen sich viele in den eigenen Reihen, kaum einer klatscht Beifall, als die Kanzlerin im Juni im Bundestag für das Gesetz wirbt, das den 31. Dezember 2022 als Enddatum der deutschen Atommeiler festlegt - und so zurückkehrt zum ursprünglichen Ziel von SPD und Grünen. Hohn und Spott komme von der Opposition, notiert die F.A.Z.

Dass die Belange des Klimaschutzes dem schnellen Atomausstieg gegenüberstehen könnten, spielte in Merkels Moratorium 2011 keine Rolle. Sie verschwieg, dass die kohlendioxidarmen Kernkraftwerke zunächst durch viel CO<sub>2</sub>-intensivere Kohle- und Gaskraftwerke ersetzt werden dürften, solange die Rundumversorgung aus erneuerbarer Energie noch Zukunftsmusik ist. Nur an einer Stelle fiel damals das Stichwort "Klima", das in Merkels letzten beiden Regierungsjahren von einer Herausforderung unter vielen zur dominierenden avanciert ist. Lauter werden nun wieder Stimmen, die die Laufzeit der sechs noch betriebenen deutschen Kernkraftwerke doch noch einmal verlängern wollen. Politisch gibt es dafür keine Mehrheit mehr. Auch die deutschen Energiekonzerne wollen kein Zurück.

Zwar ist Merkels Kanzlerschaft geprägt vom Bemühen um Klimaschutz. 2007 reiste sie mit dem damaligen Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) werbewirksam durch schmelzende Eisfjorde Grönlands. Im selben Jahr half Merkel im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft, der EU ehrgeizigere Klimaziele zu verordnen. Auch in den UN-Klimakonferenzen trat sie

als treibende Kraft auf. Die staatlichen Klimahilfen für Entwicklungs- und Schwellenländer gehen in die Milliarden, Deutschland ist einer der größten Zahler. Und im Inland war die letzte Legislaturperiode gekennzeichnet von der Einführung einer neuen CO<sub>2</sub>-Abgabe und weiterer Verschärfung der Emissionsziele.

Ihrem Anspruch, Deutschland zum Musterland der Energiewende zu machen, wurde Merkel dennoch kaum gerecht. Vor allem der schleppende Ausbau der Erneuerbaren und der Netze bleibt mit ihrer Amtszeit verbunden. Keine 2000 der nötigen 12 000 Kilometer Stromnetzausbau sind fertig. Im Norden produzierter Windstrom kann so nicht abtransportiert werden, das zieht teure Abschaltungen für die Anlagen nach sich, auch drohen Versorgungsengpässe in Süddeutschland. Neue Back-up-Gaskraftwerke sind nötig. Zugleich fehlen großflächige Speicher.

So wurde die Energiewende in den Merkel-Jahren zum kostspieligen Unterfangen für Bürger und Betriebe. Flossen 2005 weniger als 5 Milliarden Euro über die EEG-Förderung in erneuerbare Energie, sind es nun mehr als 30 Milliarden Euro jährlich - trotz drastisch gesunkener Gestehungskosten etwa für Solarstrom. Mit mehr als 30 Cent je Kilowattstunde zahlen hiesige Privathaushalte für Elektrizität ein Drittel mehr als im europäischen Durchschnitt. Die EEG-Umlage schoss in Merkels Regierungszeit von 0,68 Cent je Kilowattstun-

de Strom auf 6,5 Cent - auch weil Subventionen nur langsam zurückgefahren wurden. Insgesamt ist die Belastung des Strompreises durch Steuern, Abgaben und Umlagen zwischen 2010 und 2020 um 70 Prozent gestiegen.

Der in der EU etwa mit Merkels Amtsantritt eingeführte Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten stand nur selten im Fokus der deutschen Energie- und Klimapolitik. Stromerzeuger müssen diese kaufen, wenn sie klimaschädliche Energieträger verfeuern. Das fördert Ökostromausbau marktgetrieben und macht die nationale Ökostromsubvention über das EEG bisweilen überflüssig. Auch beim Kohleausstieg stellt sich die Frage, ob die zuletzt deutlich gestiegenen Zertifikatepreise nicht marktgetrieben den Schwenk zu "grünen" Energieträgern bewirken. Doch Merkels Koalition setzte auf einen politischen Weg aus der Kohle. Staatliche Vorgaben dominieren auch anderswo, etwa beim Wasserstoff. Die Ausweitung des EU-Emissionshandels auf alle Bereiche gelang Merkel nicht. Zum Ende ihrer Amtszeit ist der Anteil von Wind, Sonne & Co. am deutschen Strommix auf rund 45 Prozent gestiegen. Das klingt nach viel. Welche Strecke zu gehen ist bis zur angestrebten klimaneutralen Wirtschaft, zeigt eine andere Zahl: Laut Umweltbundesamt decken die Erneuerbaren erst 19 Prozent des Endenergieverbrauchs. Da bleibt ihren Nachfolgern noch viel zu tun.

## Was es bringen könnte, wenn die Atomkraftwerke weiterlaufen

*Obwohl der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen ist, kommt immer wieder die Diskussion auf, inwiefern Kernkraftwerke dem Klima nicht doch zugutekommen könnten. Fakt ist: Atomkraftwerke könnten die deutschlandweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren.*

Der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland steht schon lange fest. Aktuell sind noch sechs Atomkraftwerke in Deutschland in Betrieb. Spätestens Ende 2022 geht das letzte Kraftwerk von ihnen vom Netz.

### Ausstieg aus Atomkraft beschlossene Sache

Nach Fukushima 2011 ging der deutsche Ausstieg aus der Atomkraft schnell voran. An ihm wird auch nicht gerüttelt. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien außer der AfD fordert, die Kernkraftwerke länger laufen zu lassen oder gar neue zu bauen. Die AfD spricht sich gerade für die Atomkraftwerke aus und startet dazu in Sachsen eine Kampagne.

Sie fordert unter anderen den weiteren Betrieb der verbleibenden Kernkraftwerke. Ansonsten würde es bei der Stromversorgung zu Engpässen in Deutschland kommen. Die Atomkraftwerke würden auch helfen, das Klima zu schützen, so die AfD.

### Akw sorgen für weniger CO<sub>2</sub>, bergen aber Risiken

CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet spricht davon, Deutschland hätte besser erst die klimaschädlichen Kohlekraftwerke abgeschaltet und anschließend die Atomkraftwerke. Richtig ist, dass ein relevanter Teil des Stroms in Deutschland aus Braunkohlekraftwerken kommt, die viel CO<sub>2</sub> ausstoßen. Dadurch sind sie mit die größten Klimaverschmutzer, die wir haben.

### 55 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr weniger

Im Vergleich dazu sind die Treibhausgase, die ein Atomkraftwerk verursacht, wesentlich geringer. CO<sub>2</sub>-neutral ist der Strom aus Atomkraftwerken laut Umweltbundesamt aber auch nicht. Das CO<sub>2</sub> fällt hier vor allem beim Bau der Kraftwerke an, wenn dafür große Mengen Beton und Stahl benötigt werden, beim Uranabbau und bei der Endlagerung.

Würden alle sechs verbleibenden Atomkraftwerke weiterlaufen und stattdessen die klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden –

Deutschland also früher aus der Braunkohle aussteigen als 2038 – könnten dadurch ungefähr 55 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden. Das entspricht etwa sechs bis sieben Prozent der gesamten Emissionen Deutschlands.

”Das könnte man fünf bis acht Jahre lang so machen. Dann haben alle Atomkraftwerke, die bei uns derzeit in Betrieb sind, ihr Laufzeitende erreicht”, sagt Georg Ehring aus der Deutschlandfunk-Redaktion Umwelt und Verbraucher.

Wohin mit dem Atommüll?

Dem Argument der eingesparten CO<sub>2</sub>-Emissionen stehen zwei Gegenargumente gegenüber: Einerseits ist Atomkraft eine Technologie, die riskant ist. Das haben die Reaktorkatastrophen in der Vergangenheit gezeigt. Andererseits ist weiter nicht geklärt, wo eigentlich der Atommüll hin soll. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung geht davon aus, dass bis 2080 insgesamt 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfälle entstehen, das ungefähr 27.000 Kubikmetern entspricht. Dazu kommen weitere rund 300.000 Kubikmetern schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

Heute wird der hochradioaktive Atommüll in mehreren hundert Lagerbehälter, den sogenannten Castoren, deutschlandweit zwischengelagert. Für schwach- und mittelradioaktiven Abfall gibt es ein genehmigtes Endlager: den Schacht Konrad in Niedersachsen, ein altes Eisenerzbergwerk, das ab 2027 Atommüll aufnehmen soll.

Neben der Frage nach der Endlagerung des radioaktiven Abfalls ist ein weiteres Argument gegen die längere Laufzeit von Atomkraftwerken: Sie wird gar nicht benötigt. Aus der Braunkohle können wir schon in zehn Jahren aussteigen, wenn nur konsequent und schnell die Energiequellen Wind, Sonne und Wasser inklusive entsprechender Stromtrassen und Speichermöglichkeiten ausgebaut werden.

Die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken zu

fordern, kann je nach Sichtweise also aus Ausrede angesehen werden, sich nicht konsequent genug um die Energiewende zu kümmern. Auch scheint es bei der sehr geringen Akzeptanz der Kernenergie in Deutschland aktuell sowieso undenkbar, dass sie eine Renaissance erlebt.

Die Feststellung, dass Atomkraftwerke pro erzeugter Kilowattstunde Strom deutlich weniger CO<sub>2</sub> erzeugen

als Braunkohlekraftwerke, bleibt aber richtig.

**”Die Zwischenlager werden immer voller. Und die Castor-Behälter sind nur für einige Jahrzehnte genehmigt. Es weiß auch keiner, wie lange die wirklich dicht sind. Das ist ein Problem, das man nicht unterschätzen sollte.” Georg Ehring, Deutschlandfunk-Redaktion Umwelt und Verbraucher**

## Cäsium-Aktivität in Asse deutlich gestiegen

**Remlingen/Salzgitter** - Im maroden *Atommülllager* Asse in Niedersachsen ist in 750 Meter Tiefe die Cäsium-Aktivität deutlich gestiegen. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat in einem alten Bohrloch, das der frühere Asse-Betreiber Helmholtz-Zentrum München 2008 eingerichtet hatte, eine Konzentration des *radioaktiven* Stoffes von 240 000 Becquerel pro Liter (Bq/l) gemessen. Der Wert liege 24 Mal über der erlaubten Freigrenze, sagte ein BfS-Sprecher am Donnerstag. Das sei der bislang höchste Wert von Cäsium 137 in einer Lösungsprobe, der in dem unterirdischen Salzstock nach dem Ende der Einlagerung im Jahr 1978 gemessen wurde. Der Grund der höheren Werte sei unbekannt. Das BfS habe sichergestellt, dass niemand mit der verstrahlten Lösung direkt in Kontakt kommt und das keine Kontamination nach außen geschleppt werden kann. Aus der Kammer 12 wird

seit Jahren Wasser gedrückt und sammelt sich vor der Kammer. Der genaue Grund ist unbekannt. 2008 hatte die damals zuständige Helmholtz-Gesellschaft in dem gleichen Bohrloch noch eine Aktivität von etwa 90 000 Bq/l, also dem 9fachen Wert über der Freigrenze, gemessen. Damit habe sich die Cäsium-Konzentration an dieser Messstelle innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt, teilte das BfS mit. Zusätzlich zu Cäsium 137 wurde in der Lösung das Radionuklid Kobalt 60 gemessen, allerdings nur in einer geringen Höhe von 10,5 Bq/l, hieß es. In dem früheren Bergwerk lagern rund 126 000 Behälter mit schwach und mittelradioaktivem Abfall, die in einer bisher einmaligen Aktion in den kommenden Jahren wieder geborgen werden sollen. Zuvor sollen Experten untersuchen, in welchem Zustand die *entsorgten Atommüllfässer* sind, die in diversen Kammern lagern.